

365262-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Installation von Fernmeldeanlagen – Los 42_Fernmelde- und Informationstechnische Anlagen
OJ S 107/2025 05/06/2025
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Bauleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Sandersdorf-Brehna

E-Mail: ines.oguz@sandersdorf-brehna.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Los 42_Fernmelde- und Informationstechnische Anlagen

Beschreibung: Los 42_Fernmelde- und Informationstechnische Anlagen

Kennung des Verfahrens: 3ef13973-efd8-4f1a-9180-d4a48fe43093

Interne Kennung: 159_SSB_01-2025-0027

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45314000 Installation von Fernmeldeanlagen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 45232300 Bauarbeiten und zugehörige Arbeiten für Fernsprech- und Fernmeldeleitungen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: August-Bebel-Straße 15

Stadt: Roitzsch (Ortsteil der Stadt Sandersdorf-Brehna)

Postleitzahl: 06809

Land, Gliederung (NUTS): Anhalt-Bitterfeld (DEE05)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Anlagen, die soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind: 1. Eigenerklärungen zur Eignung gemäß Formblatt 124, sofern das Unternehmen nicht präqualifiziert ist (siehe Hinweise im Formblatt 212EU unter Nr. 7) oder Europäische Eigenerklärung 2. Eigenerklärung zum 5. EU-Sanktionspaket RUS-Sanktionen 3. Bewerbererklärung (Erklärung nach Abschnitt 2 - Basisparagrafen mit zusätzlichen Bestimmungen der EU-Vergaberichtlinie 2004/18/EG) 4. Angebotsschreiben 5. eingepreistes Leistungsverzeichnis im PDF-Format sowie im GAEB-Format 6. Erklärung über das Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung mit Angabe der Deckung oder Erklärung eines Versicherungsunternehmens bzw. des Bieters, dass bis zur Zuschlagserteilung eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wird 7. Angaben zur Preisermittlung

entsprechend Formblatt 221 oder 222 Bei vorgesehenem Nachunternehmereinsatz oder Eignungsleihe: - Verzeichnis der Leistungen / Kapazitäten anderer Unternehmen gemäß Formblatt 235 mit Angabe von Art und Umfang der Leistungen - Bewerbererklärung (Erklärung nach Abschnitt 2 - Basisparagrafen mit zusätzlichen Bestimmungen der EU-Vergaberichtlinie 2004/18/EG) je Nachunternehmer/Eignungsverleiher -Eigenerklärungen zur Eignung gemäß Formblatt 124, sofern das Unternehmen nicht präqualifiziert ist (siehe Hinweise im Formblatt 212EU unter Nr. 7) oder Europäische Eigenerklärung je Nachunternehmer/Eignungsverleiher Bei vorgesehener Bildung einer Bietergemeinschaft: - Erklärung gemäß Formblatt 234 - Eigenerklärungen zur Eignung gemäß Formblatt 124, sofern das jeweilige Mitglied nicht präqualifiziert ist - Eigenerklärung zum 5. EU-Sanktionspaket RUS-Sanktionen je Mitglied - Erklärung zu Tariftreue, Mindeststundenentgelt und Entgeltgleichheit je Mitglied - Bewerbererklärung (Erklärung nach Abschnitt 2 - Basisparagrafen mit zusätzlichen Bestimmungen der EU-Vergaberichtlinie 2004/18/EG) je Mitglied Hinweise zur Eignungsfeststellung: Die rechtlichen, wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Angaben des Bieters können im Rahmen eines Präqualifikationsverzeichnis (Angabe Zertifikatsnummer) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) oder anhand der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) abgegeben werden. Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Bieters in die engere Wahl, sind die in den Eigenerklärungen angegebenen Bescheinigungen auf gesondertes Verlangen vorzulegen. Im Präqualifizierungssystem niedergelegte Erklärungen und Nachweise müssen den Anforderungen entsprechen und die Erfüllung der geforderten Eignungskriterien belegen. Geforderte Erklärungen oder Nachweise, die in dem Präqualifizierungssystem nicht niedergelegt sind oder die Erfüllung der geforderten Eignungskriterien nicht oder nicht hinreichend belegen, sind vom Bieter zusätzlich vorzulegen. Der Bieter darf sich hinsichtlich der erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sowie der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten eines Dritten berufen. Mit dem Angebot ist das Formblatt 235 einzureichen sowie für jedes Mitglied eine Eigenerklärung zur Eignung. Bescheinigungen gemäß der Eigenerklärung zur Eignung sind auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Zudem hat der Bieter bis zur Zuschlagserteilung mit einer Verpflichtungserklärung nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Mittel des Unternehmens, auf dessen Kapazitäten er sich beruft, bei der Auftragserfüllung zur Verfügung stehen. Der Auftraggeber wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister (§ 6 Wettbewerbsregistergesetz - WRegG) beim Bundeszentralregister anfordern. Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Hinweis gemäß § 14 TVergG LSA Nachunternehmen sind gemäß § 14 Abs. 1 TVergG LSA bei Angebotsabgabe schriftlich zu benennen. Gemäß § 14 Abs. 2 TVergG LSA werden Öffentliche Aufträge nur an Bieter vergeben, die schriftlich oder elektronisch erklären, dass eine Beauftragung von Nachunternehmern oder Verleihern nur erfolgt, wenn diese ihren Arbeitnehmern mindestens die Arbeitsbedingungen gewähren, die der Bieter selbst einzuhalten verspricht. Darüber hinaus sind die in den Eigenerklärungen angegebenen Bescheinigungen auf gesondertes Verlangen je Nachunternehmer vorzulegen. Mit der Abgabe des Angebotes unterliegt der Bieter den Bestimmungen über nichtberücksichtigte Angebote (§ 19 Absatz 1 VOB/A EU bzw. § 134 Absatz 1 GWB). Es gilt deutsches Recht. Seit 01.03.2023 gilt in Sachsen-Anhalt das Tariftreue- und Vergabegesetz. Mit der Abgabe eines Angebotes sind die entsprechenden Bestimmungen Bestandteil der hier betreffenden Maßnahmen. Abweichende Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen eines Bieters sowohl als allgemeine Geschäftsbedingungen als auch in Form einzelfallbezogener Vertragsbedingungen werden nicht Vertragsbestandteil. Bietergemeinschaften sind in diesem Verfahren zugelassen. Mit dem Angebot sind die Mitglieder sowie der bevollmächtigte Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu benennen (FB 234).

Zudem sind mit Angebotsabgabe die Gründe für die Eingehung einer Bietergemeinschaft auf einer gesonderten Anlage darzulegen. Dies dient zur Überprüfung der kartellrechtlichen Zulässigkeit der Bietergemeinschaft. Mit dem Angebot sind vom nicht präqualifizierten Wirtschaftsteilnehmer/ jedem nicht präqualifizierten Mitglied einer Bietergemeinschaft werden einzureichen. Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist elektronisch über die Vergabepattform zu übermitteln. Für sämtliche Bescheinigungen /Nachweise, die nicht in deutscher Sprache abgefasst wurden, sind entsprechende Übersetzungen in deutscher Sprache beizufügen. Hinweise zum Verfahren: Bitte vergewissern Sie sich unmittelbar über die Richtigkeit der Angebots- und Vergabeunterlagen. Bestehen in den Angebots- und Vergabeunterlagen Unklarheiten, Widersprüche oder Fehler, sind zusätzliche Informationen rechtzeitig anzufordern um ein zügiges Verfahren zu gewährleisten. Frist für die Einreichung von Bieterfragen: 01.07.2025. Sämtliche Kommunikation erfolgt über die angegebene E-Mail-Adresse des Bieters. Es ist eine Erreichbarkeit für die Dauer des gesamten Verfahrens durch den Bieter sicherzustellen. Anfragen werden vom Auftraggeber anonymisiert und die Antwort allen Bietern zur Verfügung gestellt. Bei Erteilung des Zuschlages auf ein Angebot werden relevante Hinweise zum Vergabeverfahren Vertragsbestandteil. Für Ausarbeitung der Angebotsunterlagen werden Bietern keine Kosten erstattet. Bei den verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen gilt die gewählte Form für alle Geschlechter. Geforderte Nachweise sind grundsätzlich als Kopie zugelassen, sofern nicht ausdrücklich anders verlangt. Nicht deutschsprachige Nachweise müssen als beglaubigte Übersetzung in Deutsch vorgelegt werden (Mindestanforderung).

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vob-a-eu -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB i. V. mit § 129 StGB und § 126 GWB

Korruption: § 123 Abs. 1 Nr. 6 - 9 GWB i. V. mit den §§ 299, 299a, 299b, 333, 334 und 335a StGB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: § 123 Abs. 1 Nr. 1 GWB i. V. mit §§ 129, 129a und 129 b StGB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: § 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: § 123 Abs. 1 Nr. 2, 3 GWB i. V. mit § 261 StGB und § 89c StGB

Betrug: § 123 Abs. 1 Nr. 5 GWB i. V. mit § 264 StGB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: § 123 Abs. 1 Nr. 10 GWB i. V. mit §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a StGB

Zahlungsunfähigkeit: § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher

Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: § 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: § 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: § 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB
Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: § 123 Abs. 4 Nr. 1 GWB
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: § 123 Abs. 4 Nr. 1 GWB
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: § 123 Abs. 1 Nr. 1 GWB i. V. mit §§ 129, 129a und 129 b StGB

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Los 42_Fernmelde- und Informationstechnische Anlagen
Beschreibung: Fernmeldeanlagen bestehend aus: 1 St. Behindertenrufanlage 2 St. Sprechstellen für Gegensprechanlage 1 St. Brandwarnanlage 1 St. Einbruchmeldeanlage 2 St. Datenverteiler (Datennetz) ca. 162 St. Datenanschlüsse inkl. Messungen ca. 5000 m Datenkabel ca. 110 m LWL-Kabel inkl. Spleißarbeiten und Messungen
Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen
Haupteinstufung (cpv): 45314000 Installation von Fernmeldeanlagen
Zusätzliche Einstufung (cpv): 45232300 Bauarbeiten und zugehörige Arbeiten für Fernsprech- und Fernmeldeleitungen

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 29/04/2026
Enddatum der Laufzeit: 08/12/2026

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Informationen über frühere Bekanntmachungen:

Kennung der vorherigen Bekanntmachung: 54600-2025

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:startup#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#Der Bauherr hat eine

Bauleistungsversicherung abgeschlossen. Der anteilige Versicherungsbetrag wird von der anerkannten Brutto-Schlussrechnungssumme einbehalten. Sicherheiten:

Vertragserfüllungsbürgschaft in Höhe von 5,0 v.H. der Auftragssumme Bürgschaft für Mängelansprüche in Höhe von 3,0 v.H. der Summe der Abschlagszahlungen zum Zeitpunkt der Abnahme Für die Leistungen gelten die Verjährungsfristen für die Gewährleistung der § 13 Abs. 4 VOB/B nicht, sondern für alle Leistungen gelten Verjährungsfristen von 5 Jahren.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Angabe zur Eintragung Vorlage der Handwerkskarte, Bescheinigung der Industrie- und Handelskammer; Gewerbeanmeldung auf Verlangen

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bei Eintragungspflicht: Angabe von Register, Zeitpunkt der Eintragung, Nummer Vorlage Handelsregistrauszug (zum Zeitpunkt der Abgabe nicht älter als 12 Monate) auf Verlangen

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bieter mit Sitz im Ausland müssen mit dem Angebot die Erlaubnis der Berufsausübung im Staat ihrer Niederlassung nachweisen, soweit hierfür ein im Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates aufgeführte Registereintragung einschlägig ist

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (2022 - 2024); Eigenerklärung ist ausreichend

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: - Erklärung über das Bestehen einer

Betriebshaftpflichtversicherung mit Angabe der Deckung inkl. Mitteilung zu evtl.

Ausschlussklauseln Besteht eine solche Versicherung derzeit nicht, ist eine Erklärung eines Versicherers einzureichen, dass eine Versicherung mit dem geforderten Umfang bei Zuschlagserteilung abgeschlossen werden kann bzw. eine Erklärung des Bieters, dass eine Versicherung mit dem geforderten Umfang bis zur Zuschlagserteilung abgeschlossen wird. - rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde) -Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen (soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt; nicht älter als 1 Jahr) - Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft (nicht älter als 3 Monate, innerhalb der Gültigkeit)

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Auswahlkriteriums: für mind. 3 Referenzen je eine vergleichbare

Referenzbescheinigung mit mindestens folgenden Angaben: - Ansprechpartner - Art der ausgeführten Leistung - Auftragssumme - Ausführungszeitraum - stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschl. Angabe der ausgeführten Mengen - Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer - ggf. stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen (bei Komplettleistung) - Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung - Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal) - Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE- Partner,

Nachunternehmer) Die Referenzen müssen Leistungen der letzten 5 abgeschlossenen Kalenderjahre 2020 - 2024) belegen, welche mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar ist.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Angaben zu den jahresdurchschnittlich Beschäftigten Arbeitskräften der letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahre gegliedert nach Lohngruppen und mit extra ausgewiesenem Leistungspersonal

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebotes ermittelt. Die Wertungssummen werden ermittelt aus den nachgerechneten Angebotssummen, insbesondere unter Berücksichtigung von Nachlassen.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe.de/unterlagen/54321-Tender-1973a9b87df-bac092543aeac77>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 07/07/2025 14:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 60 Monate

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung von Unterlagen erfolgt unter Berücksichtigung vergaberechtlicher Regelungen.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin — Beschreibung: Der Öffnungstermin findet in EU-weiten offenen Verfahren nicht in Anwesenheit der Bieter statt. Eine Teilnahme am Öffnungstermin ist nicht möglich.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer beim Landesverwaltungsamt Halle

Informationen über die Überprüfungsfristen: Nach § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 bis 4 GWB ist der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, soweit:

- der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichung des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;
- der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Nach § 135 Abs. 2 GWB endet die Frist, mit der die Unwirksamkeit eines Vertrages in einem Nachprüfungsverfahren geltend gemacht werden kann, 30 Kalendertage nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss. Im Falle der Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach dieser Veröffentlichung. Die Bieter werden aufgefordert, in ihren Angeboten diejenigen Teile zu kennzeichnen, die als Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse im Sinne von § 165 Abs. 2 GWB anzusehen sind und daher im Fall eines etwaigen Nachprüfungsverfahrens den Verfahrensbeteiligten nicht zugänglich gemacht werden dürfen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Sandersdorf-Brehna

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Sandersdorf-Brehna

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Sandersdorf-Brehna

Registrierungsnummer: 15082340-0000-87

Postanschrift: Bahnhofstraße 2

Stadt: Sandersdorf-Brehna

Postleitzahl: 06792

Land, Gliederung (NUTS): Anhalt-Bitterfeld (DEE05)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Zentrale Vergabestelle

E-Mail: ines.oguz@sandersdorf-brehna.de

Telefon: +49 3493-801180

Fax: +49 3493-80434

Internetadresse: <http://www.sandersdorf-brehna.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. **ORG-7004**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer beim Landesverwaltungsamt Halle

Registrierungsnummer: t:03455141536

Postanschrift: Ernst-Kamieth-Straße 2

Stadt: Halle

Postleitzahl: 06112

Land, Gliederung (NUTS): Halle (Saale), Kreisfreie Stadt (DEE02)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@lvwa.sachsen-anhalt.de

Internetadresse: <https://lvwa.sachsen-anhalt.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. **ORG-7005**

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 94667a19-1fb2-4e70-a392-8a07ec9c14b0 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 04/06/2025 14:07:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 365262-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 107/2025

Datum der Veröffentlichung: 05/06/2025